

 <b>ReGe Hamburg</b> Projekt-Realisierungsgesellschaft mbH		
26 SEP. 2024		
Projekt	IN	FC
GF-S		



## Ingenieurvertrag über Planungsleistungen

### Erschließung Kehr wiederplatz

#### Objektplanung

#### Leistungsbild Verkehrsanlagen

#### ESP-012 (KWP)

zwischen

Freie und Hansestadt Hamburg

Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen

vertreten durch die

ReGe Hamburg Projekt-Realisierungsgesellschaft mbH

Überseeallee 1

20457 Hamburg

- nachstehend **AG** genannt -

und

Ingenieurbüro Münster GmbH

Borsteler Chaussee 53

22453 Hamburg

- nachstehend **AN** genannt -

wird folgender Vertrag geschlossen:

ESP-012 (KWP)

**OPL: Verkehrsanlagen - Erschließung Kehr wiederplatz**

Ingenieurvertrag Planung

Seite 1 von 13

23.08.2024

## Inhaltsverzeichnis

<i>Vorbemerkung</i> .....	3
<i>§ 1 Gegenstand und Zielsetzung des Vertrages</i> .....	4
<i>§ 2 Vertragsbestandteile und Grundlagen der Bearbeitung</i> .....	4
<i>§ 3 Beschaffenheit des Werkes</i> .....	5
<i>§ 4 Leistungen des AN, stufenweiser Abruf</i> .....	5
<i>§ 5 Kostenobergrenze, Kostenplanung</i> .....	7
<i>§ 6 Zusammenarbeit zwischen AG, AN und anderen fachlich Beteiligten</i> .....	8
<i>§ 7 Termine und Terminplanung</i> .....	9
<i>§ 8 Honorar</i> .....	10
<i>§ 9 Haftung, Versicherung</i> .....	12
<i>§ 10 Ergänzende Vereinbarungen</i> .....	12
<i>§ 11 Schlussbestimmungen</i> .....	13

## Vorbemerkung

Der Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG) hat die ReGe Hamburg Projekt-Realisierungsgesellschaft mbH mit dem Projektmanagement und der Wahrnehmung der Bauherrenfunktion zur Herstellung der Verkehrsfläche vor dem Speicherblock D (Kehrwieder 1-7) am südlichen Zollkanal beauftragt. Die ReGe handelt namens und für Rechnung der Freien und Hansestadt Hamburg / Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen.

Die Verkehrsfläche liegt an einer Kaimauer und wird zurzeit u.a. als Parkplatz genutzt wird. Im vorliegenden Verfahren wird diese Fläche als „Kehrwiederplatz“ bezeichnet. Die Länge der wasserseitigen Kaimauer beträgt ca. 195 m. Die historische Kaikonstruktion wurde in den 1880er Jahren errichtet. In den 1960er Jahren erfolgte eine Sanierung, wobei eine Spundwandvorsetze und eine tiefgegründete Stahlbeton-Winkelstützwand hergestellt wurden.

Die Hamburger Speicherstadt ist der weltgrößte historische Lagerhauskomplex in einem Hafengebiet. Sie umfasst das Gebiet südlich des Zollkanals zwischen Ober- und Niederbaumbrücke. Zukünftig sollen die Landflächen der Speicherstadt analog zu den angrenzenden Flächen der HafenCity und der Innenstadt als „gemischte Bauflächen“ dargestellt werden. Dabei steht die Sicherung der Speicherstadt als denkmalgeschütztes Gesamtensemble sowie ein ausgeglichener Nutzungsmix im Vordergrund. Die Speicherstadt steht seit 1991 unter Denkmalschutz und ist seit dem 5. Juli 2015 zusammen mit dem benachbarten Kontorhausviertel und dem Chilehaus unter dem Namen „Speicherstadt und Kontorhausviertel mit Chilehaus“ auf der Liste des UNESCO-Welterbes eingetragen.

Die Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) plant als Eigentümerin der Speichergebäude die Sanierung und den Umbau einer Vielzahl von Speicherblöcken. Die historische Nutzung der Speicherstadt soll dabei weiter im Stadtbild präsent bleiben.

Die Speicherstadt ist von einem umfangreichen Straßennetz durchzogen. Die Straßen weisen dabei in weiten Teilen die ursprünglichen historischen Oberflächenbefestigungen und Querschnitte auf. In anderen Teilbereichen sind die Straßenflächen hingegen stark zergliedert, weisen unterschiedlichste Materialien hinsichtlich der Oberflächenbefestigung auf und sind funktional uneinheitlich aufgeteilt. Um der zukünftigen Entwicklung der Speicherstadt zu einem gemischt genutzten, innerstädtischen Quartier Rechnung zu tragen, sind die vorhandenen Straßen und Wege den neuen Nutzungsanforderungen und aktuellen Regelwerken entsprechend anzupassen und umzubauen. Dabei sind insbesondere die hohen gestalterischen Anforderungen aufgrund des zwischenzeitlich erlangten Weltkulturerbe-Status zu beachten. Die Gestaltung der Verkehrsanlagen soll den heutigen und zukünftigen Nutzungsansprüchen genügen, ohne den vorhandenen historischen Charakter zu verlieren. Dies gilt sowohl für die funktionale Aufteilung der Straßenräume als auch für die Gestaltung und für die verwendeten Materialien. Es sollen die heutigen Ansprüche an die Barrierefreiheit sowie an die derzeit gültigen Regelwerke der Verkehrsplanung umgesetzt werden. Weiterhin sollen bei der Verkehrsplanung die Nutzungsansprüche einer Vielzahl von verschiedenen Interessensgruppen (Stakeholder) innerhalb der Speicherstadt berücksichtigt werden.

Unter den oben aufgeführten Randbedingungen wurde für die Hamburger Speicherstadt eine Funktionsplanung entwickelt, die die Grundlage für die weitere Planung der Verkehrsanlage Kehrwiederplatz bildet. Darüber hinaus sind die Materialien, die bei der Erschließung in den unterschiedlichen Flächen eingesetzt werden sollen sowie die Ausstattung vom Landschaftsarchitekten in einem Katalog grundlegend zusammengestellt worden. Diese Vorgaben sind bei der Planung zwingend zu beachten. Ein Landschaftsarchitekt wird als gestalterischer Berater bei der Planung der Verkehrsanlage im Auftrag des LIG begleitend tätig sein, die

Planung ist eng mit dem gestalterischen Berater abzustimmen und Plangrundlagen sind auszutauschen.

Im Rahmen der Planung soll als eine Variante geprüft werden, ob die Herstellung der Promenade, die zurzeit als BE-Fläche am Kehr wiederplatz genutzt wird, vorgezogen werden kann.

Der Auftragsgegenstand ist die Erbringung der Verkehrsplanung für die Sanierung der Verkehrsflächen des Kehr wiederplatzes. Der Auftrag beinhaltet die Leistungsphasen 1 bis 8 der Leistungsbilder für die Objektplanung Verkehrsanlage gem. § 47 der HOAI.

Dies vorausgeschickt vereinbaren die Parteien was folgt:

## **§ 1 Gegenstand und Zielsetzung des Vertrages**

Gegenstand dieses Vertrages ist die Erbringung aller erforderlichen Planungsleistungen der Objektplanung Verkehrsanlagen für die Baumaßnahme Erschließung Kehr wiederplatz wie in der Vorbemerkung beschrieben, inklusive der dazugehörigen besonderen und zusätzlichen Leistungen. Ziel ist es, eine Planung zu erstellen, die eine fach- und denkmalschutzgerechte Sanierung der Verkehrsfläche sicherstellt, die Vergaben durchzuführen und die entsprechenden Überwachungsleistungen zu erbringen.

## **§ 2 Vertragsbestandteile und Grundlagen der Bearbeitung**

- (1) Vertragsbestandteile sind, bei durch Auslegung nicht aufzulösenden Widersprüchen in nachstehender Rangfolge:
  - a. die Bestimmungen dieses Vertrages und seine Anlagen,
  - b. die Allgemeinen Vertragsbestimmungen - AVB - (Anlage 1),
  - c. die Planungsanforderungen des AG gemäß Anlage 2
  - d. das Personalkonzept des AN (Anlage 3)
  - e. das Honorarformblatt (Anlage 4)
  - f. soweit dieser Vertrag und die vorstehenden Vertragsbestandteile keine besonderen Regelungen enthalten, die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung sowie die gesetzlichen Regelungen über den Werkvertrag (§§ 631 ff. BGB).
- (2) Als Grundlagen für die Bearbeitung der Planungsleistung werden folgende Unterlagen zur Verfügung gestellt:
  - Vorplanung/ Funktionsplanung Erschließung Speicherstadt Erläuterungsbericht
  - Lageplan Funktionsplanung Speicherstadt
  - Materialkonzept Verkehrsflächen Erschließung Speicherstadt
  - Flächenplan: Schnitte und Lageplan Kaimauersanierung
  - Bestandsunterlagen (z. B. Bestandsvermessung),
  - das Ergebnis der Abfrage bei der Gefahrenerkundung/Kampfmittelverdacht der Feuerwehr (GEKV- Kataster),
  - Verordnung zur Gestaltung der Speicherstadt
  - Gestaltungshandbuch Speicherstadt
  - Verkehrsgutachten



- (3) Der AN erklärt, dass er sich über das Bauvorhaben, Vertragsbestandteile und die Grundlagen der Bearbeitung umfassend und ausreichend informiert hat. Er hatte vor dem Abschluss dieses Vertrages Gelegenheit zur Klärung offener Fragen. Er hat die vorstehenden Unterlagen vor Abschluss dieses Vertrages insbesondere bezogen auf Vollständigkeit, Widerspruchsfreiheit und Richtigkeit überprüft.

### **§ 3 Beschaffenheit des Werkes**

Der vom AN geschuldete werkvertragliche Erfolg umfasst insbesondere die Einhaltung folgender Vorgaben, die der AN zur mangelfreien Erbringung der geschuldeten Leistungen zu erbringen hat:

- die Einhaltung und planerische Umsetzung der Planungsanforderungen des AG gemäß Anlage 2
- die Umsetzung der Anforderungen an die örtlichen Verhältnisse,
- die Einhaltung der planerischen Vorgaben der Freien und Hansestadt Hamburg, insbesondere des geltenden Bebauungsplans sowie städtebaulicher Leitlinien, Rahmen- und Funktionspläne,
- die Einhaltung sämtlicher für das Vorhaben einschlägigen gesetzlichen und behördlichen Vorschriften, Regelungen und Bestimmungen,
- die Einhaltung der allgemein anerkannten Regeln der (Bau-)Technik sowie die sonstigen für das Vorhaben einschlägigen technischen Vorschriften, Regelungen und Bestimmungen,
- die Erstellung einer genehmigungsfähigen Planung,
- die Einhaltung und Umsetzung des Kostenbudgets nach näherer Maßgabe des § 5 und des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit.

### **§ 4 Leistungen des AN, stufenweiser Abruf**

- (1) Die Leistungspflicht des AN umfasst die Leistungen der  
Objektplanung Verkehrsanlagen (Teil 3, Abschnitt 4, §§ 45 ff. HOAI)  
aus den Leistungsphasen 1 bis 8 gemäß § 45 HOAI für die Verkehrsanlagen sowie die weiteren dem AN in diesem Vertrag übertragenen Leistungen.
- (2) Die Leistungen des AN werden von dem AG vorbehaltlich der Regelung in § 4.6 in folgenden Stufen abgerufen:
- Stufe 1: die Leistungen der Leistungsphasen 1 und 2 gemäß § 45 HOAI
  - Stufe 2: die Leistungen der Leistungsphasen 3 und 4 gemäß § 45 HOAI
  - Stufe 3: die Leistungen der Leistungsphasen 5 bis 8 gemäß § 45 HOAI.
- (3) Der AN hat alle Leistungen zu erbringen, bis eine vollständige Planung vorliegt, die sowohl in sich als auch mit den weiteren Planungen koordiniert ist. Hierzu hat er alle Planungs- und sonstigen Leistungen zu erbringen, die für die Erstellung der ihm in diesem Vertrag übertragenen Planung erforderlich sind. Der AN hat insbesondere alle in diesem Vertrag

aufgeführten Leistungen und alle erforderlichen sowie alle üblichen Leistungen zu erbringen.

- (4) Die Leistungspflicht des AN umfasst insbesondere die **Grundleistungen** der Leistungsphasen 1 bis 8 die in der jeweiligen Leistungsphase gemäß § 45 HOAI i. V. m. Anlage 13 Nummer 13.1 HOAI im Einzelnen aufgeführt sind, d.h.

1. der Grundlagenermittlung, LP 1,
2. der Vorplanung, LP 2,
3. der Entwurfsplanung, LP 3,
4. der Genehmigungsplanung, LP 4,
5. der Ausführungsplanung, LP 5,
6. der Vorbereitung der Vergabe, LP 6
7. der Mitwirkung bei der Vergabe LP 7
8. Bauoberleitung, LP 8

Die Bewertung der einzelnen Leistungen einer Leistungsphase (§ 8 Abs. 2 HOAI) erfolgt auf Grundlage des Anhang A des Leistungsbildes Ingenieurbauwerke der FHH Ausgabe Dezember 2022.

- (5) Die Leistungspflicht des AN umfasst neben den Grundleistungen gemäß § 4.4 insbesondere auch die nachfolgend aufgeführten **zusätzlichen und besonderen Leistungen** in der jeweiligen Leistungsstufe:

Stufe 1 (Lph 1 und 2):

- Erhöhter Abstimmungsaufwand für Zustimmungen im Einzelfall aufgrund historischer Bauweise
- Erstellen von Leitungsbestandsplänen inkl. Leitungsanfrage
- Kostenvergleich mit einer Schätzung von 2020 und Analyse
- Ermitteln der wesentlichen Bauphasen in Bezug auf die stark frequentierte Lage der Baumaßnahme

Stufe 2 (Lph 3 und 4)

- Erstellung der Ausführungsunterlage Bau nach §57 LHO inkl. Kostenberechnung gem. den Anforderungen der DIN 276
- Erstellen der Trassenanweisung und Leitungspläne / Abstimmung mit den Leitungsträgern
- Abstimmung mit einem externen Architekturbüro bezüglich der Anforderungen des Welterbes Speicherstadt an die Verkehrsanlagen
- Mitwirken bei der Beschaffung der Zustimmung von Betroffenen
- 1. Verschickung: Plandarstellung im erforderlichen Detaillierungsgrad, Planarten und Maßstäbe sind im Auftrag vorzugeben (i.d.R. Übersichtsplan, Lageplan, Höhenplan, Querschnitte, Sonderpläne). Dazu gehören alle notwendigen technischen Ermittlungen und Angaben, wie z. B. Leistungsfähigkeitsnachweis, Bauklassenberechnung usw.
- Schlussverschickung

Stufe 3 (Lph 5-8):

- Leistungen gem. Anlage 13 Nummer 13.1 HOAI, LPH 5 – 6, 8
- Koordination der Ausführungstermine der Leitungsträger
- Erstellen von Bestandsplänen (Hamburg Normierungskatalog (HNK))

- (6) Der AN wird in diesem Vertrag zunächst mit den Leistungen der Stufe 1 beauftragt. Der AG ist berechtigt, die einzelnen Leistungsstufen ganz oder teilweise durch einseitige schriftliche Erklärung (E-Mail ist ausreichend) abzurufen. Der AG kann nachfolgende Leistungen auch bereits dann abrufen, wenn vorausgehende Leistungen noch nicht abgeschlossen sind. Ein Rechtsanspruch des AN auf die Beauftragung einzelner Leistungsstufen besteht – auch im Bedarfsfall – nicht. Wird der AN nicht mit weiteren Leistungsstufen beauftragt, so stehen ihm für die nicht beauftragten Leistungsteile weder Vergütungs-, Aufwendungsersatz-, Schadensersatz-, noch sonstige Ansprüche zu. Aus der stufenweisen Beauftragung kann der AN keine Erhöhung seines Honorars herleiten. Erstellt der AN im Rahmen seiner Leistungen Planungen für eine noch nicht beauftragte Leistungsstufe, hat er insoweit ohne entsprechenden Abruf keinen Anspruch auf eine Vergütung oder einen sonstigen Ausgleich.
- (7) Die Vertragsbindung des AN für die noch nicht abgerufenen Leistungsstufen erlischt, wenn ein Leistungsabruf des AG für die folgende Leistungsstufe später als 12 Monate nach vollständiger Fertigstellung der Leistungen der jeweils vorangehenden Stufe erfolgt.
- (8) Der AN hat im Rahmen des werkvertraglich geschuldeten Gesamterfolges sämtliche beauftragte Grund-, besonderen und zusätzlichen Leistungen zur erbringen. Die beauftragten Leistungen werden daher im Sinne selbständiger, von der Erzielung des Gesamterfolges unabhängig zu erbringender Einzelleistungen geschuldet.
- (9) Der AG ist berechtigt, Änderungen anzuordnen. Das Änderungsanordnungsrecht umfasst insbesondere den Leistungsumfang und die Leistungsziele.

## **§ 5 Kostenobergrenze, Kostenplanung**

- (1) Der AN hat bei seinen Planungsleistungen eine Kostenobergrenze für die Baukosten der Verkehrsanlagen in Höhe von EUR 2.762.198,- € netto einzuhalten und diese seiner Planung zugrunde zu legen. Maßgeblich für die Einhaltung der Kostenobergrenzen ist die gemäß Leistungsbild zu erstellende Kostenberechnung. Der AN führt für seinen Bereich eine ständige Kostenkontrolle durch.
- (2) Der AN verpflichtet sich, so zu planen und seine Koordinationsleistungen darauf auszurichten, dass die Kostenobergrenze nicht überschritten wird, sowie unterhalb der Kostenobergrenzen wirtschaftlich zu planen.
- (3) Der AN hat den AG über eine absehbare Überschreitung der Kostenobergrenze unverzüglich und schriftlich unter Angabe der Gründe zu unterrichten und geeignete Varianten vorzuschlagen, durch die die Kostenüberschreitung vermieden werden kann. Ergibt sich im Laufe der Planung eine Überschreitung der Kostenobergrenze, ist der AN ohne gesonderte Vergütung verpflichtet, diejenigen Umplanungen vorzunehmen, die die Einhaltung der Kostenobergrenze ermöglichen. Dies gilt nicht, wenn der AN darlegen kann, dass die Kostenüberschreitung auf Anordnungen des AGs zurückzuführen ist, über deren wirtschaftliche Auswirkungen er den AG schriftlich aufgeklärt hat oder wenn Kostenerhöhungen aus von dem AN nicht zu vertretenden Umständen resultieren.

## **§ 6 Zusammenarbeit zwischen AG, AN und anderen fachlich Beteiligten**

- (1) Die ReGe Hamburg GmbH (nachfolgend "ReGe") nimmt für dieses Bauvorhaben die Bauherren- und Projektmanagementaufgaben wahr. Sie wird den AG im Zusammenhang mit diesem Bauvorhaben, insbesondere gegenüber dem AN, umfassend vertreten.
- (2) Der AN wird die in seinem Personalkonzept (Anlage 3) benannten Mitarbeiter als Projektteam einsetzen. Der AN steht dafür ein, dass die in seinem Personalkonzept benannten Mitarbeiter die nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen ordnungsgemäß erbringen können. Insbesondere kann der AN keine Ansprüche auf zusätzliche Vergütung geltend machen, wenn sich herausstellen sollte, dass zusätzliches Personal erforderlich ist, um die Leistungen erbringen zu können, soweit dies nicht auf Gründe zurückzuführen ist, die der AN nicht zu vertreten hat.
- (3) Die Projektleitung und ihre Stellvertretung müssen für die Leistungen aus diesem Vertrag umfassend zu Verfügung stehen, während der Arbeitszeiten ständig erreichbar sein und die Arbeiten tatsächlich selbst leiten. Sie sind die vorrangigen Ansprechpartner des AGs, soweit dieser nicht etwas anderes bestimmt. Sie sind für den AN jeweils alleinvertretungsberechtigt. Vom AN werden als Projektleitung [REDACTED] und als stellvertretende Projektleitung [REDACTED] benannt.
- (4) Der AN darf die Projektleitung und ihre Stellvertretung nur mit schriftlicher Zustimmung des AGs ablösen. Der AG ist zur Zustimmung nur verpflichtet, wenn für die Ablösung ein wichtiger Grund besteht und eine nachweislich mindestens ebenso qualifizierte Person an deren Stelle tritt. Anderenfalls ist der AG zur außerordentlichen Kündigung dieses Vertrages sowie zur Geltendmachung weiterer Ansprüche berechtigt.
- (5) Wenn ein wichtiger Grund hierfür vorliegt, kann der AG die unverzügliche Ersetzung der Projektleitung und ihrer Stellvertretung verlangen.
- (6) Im Übrigen wird der AN die ihm nach dem Vertrag übertragenen Leistungen selbst bzw. mit den in Anlage 5 genannten Subplanern für die jeweiligen Fachplanungen erbringen. Mit Vertragsschluss müssen alle Subplaner für die in § 4 aufgeführten Leistungsbilder feststehen und in der Anlage 5 aufgeführt sein. Der AN ist nicht berechtigt, ohne vorherige schriftliche Zustimmung des AG (E-Mail ist ausreichend), weitere Dritte mit der Erbringung von Leistungen im Rahmen dieses Vertrages zu beauftragen oder die benannten Subplaner auszutauschen.
- (7) Der AN ist zur umfassenden Koordination verpflichtet. Seine Koordinationspflicht umfasst insbesondere die zeitliche und inhaltliche Koordination der eigenen Leistungen mit den Leistungen der weiteren Planungsbeteiligten, sowie die Koordination der Leistungen von weiteren Fachplanern und Gutachtern untereinander. Der AN hat alle Schnittstellen vorausschauend und pro-aktiv zu organisieren, zu kontrollieren und dafür Sorge zu tragen, dass sich aus Schnittstellen zwischen den Planungsbeteiligten keine terminlichen, kostenmäßigen oder sonstigen negativen Auswirkungen ergeben, die durch eine ordnungsgemäße Koordination vermieden werden können.
- (8) Soweit für die Erbringung der dem AN im Rahmen dieses Vertrages übertragenen Leistungen Entscheidungen, Freigaben oder sonstige Mitwirkungshandlungen des AG erfolgen müssen, hat der AN den AG hierauf rechtzeitig hinzuweisen und - falls im Einzelfall erforderlich oder vom AG verlangt - (Entscheidungs-) Vorlagen zu fertigen, die so rechtzeitig vorzulegen sind, dass dem AG eine angemessene Prüffrist verbleibt. Die Freigabe und/oder Prüfung der Unterlagen und Pläne des AN durch den AG oder dessen

Beauftragte lassen die Haftung des AN für die vertragsgemäße Erfüllung seiner Leistungen nach diesem Vertrag unberührt.

- (9) Der AN schuldet die Teilnahme an sämtlichen, von dem AG oder Dritten einberufenen Besprechungen. Eine Begrenzung der Anzahl von Besprechungen im üblichen Rahmen ist nicht vereinbart. Soweit der AN Besprechungen mit Behörden und in deren Auftrag tätiger Institutionen durchführt, wird er den AG hierüber rechtzeitig informieren und ihm die Teilnahme an diesen Besprechungen ermöglichen. Der AN ist verpflichtet, an allen von dem AG einberufenen Planungsbesprechungen mit seiner Projektleitung teilzunehmen.

## **§ 7 Termine und Terminplanung**

- (1) Für die mit diesem Vertrag übertragenen Leistungen gelten die nachfolgenden Fristen und Termine als Vertragsfristen:

### Stufe 1 (Leistungsphasen 1 – 2)

Beginn unmittelbar nach Beauftragung vsl. ab 26.08.2024

Finalisierung der Unterlagen der LP 2 innerhalb von 2 Monaten

### Stufe 2 (Leistungsphasen 3 – 4)

Finalisierung der Entwurfsplanung LP 3 innerhalb von 3 Monaten nach Abruf Stufe 2

Erstellung AU Bau innerhalb von 4 Monaten nach Abruf Stufe 2

Schlussverschickung innerhalb von 6 Monaten nach Finalisierung der Entwurfsplanung

### Stufe 3 (Leistungsphasen 5 – 8)

Finalisierung der Unterlagen der LP 6 innerhalb von 2 Monaten Abruf Stufe 3

Bauausführung LP 8 vsl. ab März 2026 bis vsl. Januar 2028

- (2) Der AN hat die Terminplanung so zu erstellen und mit den weiteren Planungsbeteiligten und dem AG abzustimmen, dass die in diesem Vertrag vereinbarten Termine eingehalten werden. Der AN hat dazu binnen vier Wochen nach Auftragsvergabe einen Planungssterminplan (Detailterminplan als Balkendiagramm mit verknüpften Zeileninhalten) zu erstellen und diesen über die Vertragslaufzeit hinweg regelmäßig fortzuschreiben und mit dem AG abzustimmen und ihm zu übergeben.
- (3) Der AN hat den AG auf erkennbare Verzögerungen der Einhaltung der vertraglichen Fristen unverzüglich schriftlich (E-Mail ist ausreichend) hinzuweisen. Soweit der AN keine Verzögerungen ankündigt, kann sich der AG darauf verlassen, dass die jeweiligen Termine in ihrer Durchführung nicht gefährdet sind. Um dem AG eine Terminkontrolle zu ermöglichen, ist der AN verpflichtet, dem AG regelmäßig (einmal monatlich jeweils in der ersten Woche des Monats) Terminkontrollberichte im Sinne eines Soll-Ist-Vergleichs nebst Erläuterungen vorzulegen.
- (4) Zu den für den AN verbindlichen Vertragsfristen gehören auch alle Termine und Fristen, die von dem AG oder mit dessen ausdrücklicher Zustimmung im Rahmen von

Besprechungen oder in Ablaufplänen festgelegt werden, es sei denn, diese entsprechen nicht billigem Ermessen.

## § 8 Honorar

- (1) Die Vergütung für die Grundleistungen der einzelnen Leistungsstufen des Leistungsbildes Verkehrsanlagen nach den § 4.4 berechnet sich nach:

1. den nach § 4; § 6 und § 45 HOAI anrechenbaren Kosten der Kostenberechnung.
2. Folgender Honorarzone im Sinne der §§ 5, 48, Anlage 13 HOAI: Honorarzone III.
3. Für den Umbau/die Modernisierung wird das Honorar auf der Grundlage des § 6 Absatz 2 Satz 3 HOAI um 5,0 v.H. erhöht.
4. Das Honorar für die Grundleistungen gemäß § 48 HOAI wird nicht vermindert/erhöht.

Auf Grundlage von anrechenbaren Kosten in Höhe von 2.762.198,- Euro ergibt sich danach ein vorläufiges Honorar für die Grundleistungen der Objektplanung Verkehrsanlagen in Höhe von

179.966,43 Euro

- (2) Für die besonderen und zusätzlichen Leistungen nach § 4.5 wird, verteilt auf die einzelnen Stufen und nach näherer Maßgabe des Honorarformblattes (Anlage 4) jeweils nachfolgende pauschale Vergütung vereinbart:

Stufe 1: 14.208,00 Euro zzgl.Ust.

Stufe 2: 12.480,00 Euro zzgl.Ust.

Stufe 3: 146.880,00 Euro zzgl.Ust.

- (3) Als Nebenkosten werden die Kosten insbesondere für:

- Post- und Fernmeldegebühren
- Versand und Datenübertragungen
- Vervielfältigen der Unterlagen insbesondere Plänen
- Fahrtkosten und Reisekosten für Reisen ab Geschäftssitz des AN, die zur Erfüllung des Auftrages erforderlich sind

mit 3,0 v.H. des vereinbarten Nett Honorars erstattet. Darüber hinaus gehende Nebenkosten werden nicht erstattet.

- (4) Auf Grundlage der vorstehenden Absätze beträgt das vorläufige Honorar für Grundleistungen, besonderen und zusätzlichen Leistungen inkl. Nebenkosten je Leistungsstufe:

Stufe 1: 55.826,56 Euro zzgl.Ust.

Stufe 2: 74.642,88 Euro zzgl.Ust.

Stufe 3: 233.671,03 Euro zzgl.Ust.

Das vorläufige Gesamthonorar (Summe Stufe 1 bis 3) beträgt 364.140,47 Euro zzgl.Ust.

- (5) Eine Berücksichtigung von mitzuverarbeitender Bausubstanz nach §§ 2 Abs. 7 und 4 Abs. 3 HOAI bei der Ermittlung der anrechenbaren Kosten erfolgt nicht. Die Erschwernisse bei



der Planung im Bestand werden allein über den vereinbarten Umbauzuschlag nach § 8 Abs. 1 dieses Vertrages und § 6 Abs. 2 HOAI abgegolten.

- (6) Solange die für die Berechnung des Honorars maßgebenden Beträge der Kostenberechnung nicht feststehen, tritt für die Bemessung von Abschlagszahlungen an deren Stelle der Kostenrahmen bzw. die Kostenschätzung. Entsprechendes gilt, wenn das Vertragsverhältnis vorzeitig endet.
- (7) Mit den vorstehenden Honoraren für die Grundleistungen sowie die besonderen und zusätzlichen Leistungen und dem Nebenkostenzuschlag sind jeweils sämtliche in der jeweiligen Stufe bzw. in und während der jeweiligen Leistungsphase nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen vollständig abgegolten. Mit abgegolten sind auch alle Leistungen, die der AN vor Vertragsschluss erbracht hat.
- (8) Verlangt der AG zusätzliche, nach diesem Vertrag nicht geschuldete Leistungen oder Wiederholungen von bereits vertragskonform fertiggestellten und freigegebenen Leistungen oder sonstige Änderungen zu den in diesem Vertrag vereinbarten Leistungen (nachfolgend zusammen auch „Leistungsänderungen“) oder spricht er eine Anordnung aus gilt § 650q Abs. 1 iVm. § 650b BGB mit den nachfolgenden Modifikationen:
  - Wenn nach § 650b Abs. 1 BGB ein Angebot über die Mehr- und Mindervergütung vorzulegen ist, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber ein prüfbares Angebot binnen 14 Kalendertagen nach Erhalt des Änderungsbegehrens in Textform vorzulegen.
  - Die Kosten der Angebotserstellung in üblichem Maß trägt der Auftragnehmer. Dies gilt auch dann, wenn der Auftraggeber das Angebot des Auftragnehmers nicht annimmt oder von der Leistungsänderung ganz oder teilweise Abstand nimmt.
  - Eine Einigung der Parteien über die geänderte, zusätzliche oder Wiederholungsleistung bedarf der Schriftform in Form einer Nachtragsbeauftragung durch den AG.
  - Jegliche Anordnung einer Leistungsänderung muss zu Ihrer Wirksamkeit schriftlich durch ein unterzeichnetes Anschreiben erfolgen. Nicht ausreichend ist insbesondere die Erwähnung in Protokollen von Planungs- oder Baubesprechungen.
  - Die Vergütungsanpassung für den Fall von Änderungen des Vertrags richtet nach der schriftlichen Vereinbarung und im Falle von Nichteinigung und Anordnung nach § 650q Abs. 2 BGB mit der Maßgabe, dass für Leistungen, die nicht der HOAI unterfallen die vereinbarten Stundensätzen Grundlage der Ermittlung des tatsächlich erforderlichen Aufwandes sind.
- (9) Es wird klargestellt, dass für Leistungen, die durch einen Mangel oder eine sonstige Vertragsverletzung des AN erforderlich werden (insbesondere Wiederholungen von Leistungen), von dem AN eine Honoraranpassung nicht verlangt werden kann. Es wird klargestellt, dass im Zusammenhang mit Anpassungen der Leistungen oder der Leistungsziele, die sich aus dem dynamischen Planungsprozess ergeben, eine Honoraranpassung von dem AN nicht verlangt werden kann.
- (10) Eine Anpassung des Honorars wegen etwaiger Verlängerungen der in diesem Vertrag festgelegten Leistungszeiten kann der AN nur verlangen, wenn sich die Gesamtleistungszeit für die Leistungen einer Stufe um mehr als 6 Monate gegenüber der in § 7 für diese Stufe vorgesehenen Gesamtleistungszeit bzw. für die Leistungen der Bauoberleitung gegenüber der Gesamtbauzeit verlängert, ohne dass dies von dem AN zu vertreten ist. Hat

der AN einen Anspruch auf eine Anpassung der Vergütung wegen Verlängerungen der Leistungszeiten, berechnet sich diese nach dem durch die Verlängerung entstandenen nachgewiesenen Mehraufwand.

- (11) Leistungen nach Zeithonorar können nur dann gefordert werden, wenn sie in diesem Vertrag vereinbart sind oder das Zeithonorar vor der Ausführung der jeweiligen Leistung mit dem AG gesondert schriftlich vereinbart worden ist. Soweit Leistungen nach Zeithonorar abzurechnen sind, werden folgende Stundensätze vereinbart:

Ingenieur/-in (Projektleitung)

Ingenieur/-in (sonstige)

Technischer Zeichner

Mit den Stundensätzen sind Nebenleistungen sowie der Einsatz von Hilfspersonal abgegolten.

- (12) Ihre Honorarrechnungen senden Sie bitte per Mail an [rechnung@rege-hamburg.de](mailto:rechnung@rege-hamburg.de) mit folgender Rechnungsadresse:

FHH, Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen  
c/o ReGe Hamburg Projekt-Realisierungsgesellschaft mbH  
Überseeallee 1, 20457 Hamburg

## **§ 9 Haftung, Versicherung**

- (1) Die Haftung und die Verjährung von Ansprüchen gegen den AN richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften, sofern in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Die Deckungssummen der Berufshaftpflichtversicherung nach § 11 AVB (Anlage 1) müssen mindestens betragen:
- für Personenschäden 2.000.000 Euro
  - für sonstige Schäden 2.000.000 Euro

## **§ 10 Ergänzende Vereinbarungen**

- (1) Der AG ist berechtigt, sämtliche Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag mit Zustimmung des AN auf einen Dritten zu übertragen. Der AN kann die Zustimmung nur aus wichtigem Grund verweigern.
- (2) Der AN ist darüber hinaus verpflichtet, den gesamten Planaustausch und Schriftverkehr mit den anderen an der Planung Beteiligten, dem/den Bauunternehmen sowie dem AG über E-Mail durchzuführen. Dabei sind folgende Dateiformate zu verwenden:
- Tabellen: MS-Excel
  - Texte: MS-Word
  - Zeichnungen: DWG und PLT Format
  - Alle Dokumente zusätzlich jeweils im PDF Format.



- (3) Der AN ist verpflichtet, dem AG unaufgefordert nach Abschluss jeder Stufe gemäß § 4 Abs. 2 die Planungsergebnisse, wesentlichen Zwischenschritte und Planungsgrundlagen in der vorbezeichneten digitalen Form zu übergeben.
- (4) Im Übrigen hat der AN dem AG die im Zusammenhang mit dem Vertragsgegenstand angefertigten Pläne und Unterlagen auf Verlangen jederzeit in der von dem AG bestimmten Form herauszugeben.

## **§ 11 Schlussbestimmungen**

- (1) Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages, einschließlich dieser Bestimmung, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.
- (2) Allgemeine Geschäftsbedingungen oder vergleichbare Bedingungen der/des AN werden ausdrücklich ausgeschlossen, und zwar auch dann, wenn sich der AN im zukünftigen oder vergangenen Schriftverkehr darauf bezieht oder darauf hinweist bzw. darauf bezogen oder hingewiesen hat.
- (3) Sofern und soweit eine der Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden sollte, bleiben die anderen Bestimmungen dieses Vertrages hiervon unberührt. Die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung ist durch eine wirksame Bestimmung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Gehalt der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soweit rechtlich zulässig oder tatsächlich möglich nahe kommt. Entsprechendes gilt, falls sich eine ergänzungsbedürftige Regelungslücke in diesem Vertrag ergeben sollte, die nach dem erkennbaren Willen der Parteien geregelt werden sollte.

Hamburg, den 24.08.2024

\_\_\_\_\_  
[Redacted Signature]

AN

Hamburg, den 24.08.2024

\_\_\_\_\_  
[Redacted Signature]

AG

### Anlagen:

- |          |                                   |
|----------|-----------------------------------|
| Anlage 1 | AVB für freiberufliche Leistungen |
| Anlage 2 | Planungsanforderungen             |
| Anlage 3 | Personalkonzept                   |
| Anlage 4 | Honorarformblatt                  |
| Anlage 5 | Liste Subplaner                   |

## **Allgemeine Vertragsbestimmungen - AVB -**

### zu den Verträgen für freiberuflich Tätige

- § 1     **Allgemeine Pflichten der bzw. des AN**
- § 2     **Zusammenarbeit zwischen AG, AN und anderen fachlich Beteiligten**
- § 3     **Vertretung des AG durch die bzw. den AN**
- § 4     **Auskunftspflicht der bzw. des AN**
- § 5     **Herausgabeanspruch des AG**
- § 6     **Urheberrecht**
- § 7     **Zahlungen**
- § 8     **Abtretung**
- § 9     **Kündigung**
- § 10    **Haftung und Verjährung von Mängel- und Schadensersatzansprüchen**
- § 11    **Haftplichtversicherung**
- § 12    **Erfüllungsort, Streitigkeiten, Gerichtsstand**
- § 13    **Arbeitsgemeinschaft**
- § 14    **Werkvertragsrecht**
- § 15    **Schriftform**
- § 16    **Salvatorische Klausel**

### **§ 1**

#### **Allgemeine Pflichten des Auftragnehmers (AN)**

- (1) Die Leistungen müssen den allgemein anerkannten Regeln der Technik, dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen entsprechen sowie den örtlichen Verhältnissen Rechnung tragen.
- (2) Als Sachwalter des Auftraggebers (AG) darf der AN keine Unternehmer- oder Lieferanteninteressen vertreten. Er hat gemäß seinem Berufs- und Standesrecht im Rahmen des Vertrages ihm übertragene Vermögensbetreuungspflichten ausschließlich für den AG wahrzunehmen.
- (3) Weder der AN noch eine der in § 6 Abs. 1 Vergabeverordnung (VgV) genannten Personen dürfen in einem von ihm vertragsgemäß betreuten Vergabeverfahren einen Bewerber oder Bieter tätig sein. Dies gilt für alle Vergabeverfahren oberhalb und unterhalb der in § 106 GWB festgelegten Schwellenwerte für EU-Vergabeverfahren.
- (4) Der AN hat seiner Leistung die schriftlichen Anordnungen und Anregungen des AG zugrunde zu legen und etwaige Bedenken hiergegen dem AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen; er hat seine vereinbarten Leistungen vor ihrer endgültigen Ausarbeitung mit dem AG und den anderen fachlich Beteiligten (vgl. § 3) abzustimmen.  
Der AN hat sich rechtzeitig zu vergewissern, ob seiner Leistung öffentlich-rechtliche Hindernisse und Bedenken entgegenstehen.  
Die Haftung des AN für die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Leistungen wird durch Prüfung, Anerkennung oder Zustimmung des AG nicht eingeschränkt.
- (5) Notwendige Überarbeitungen der Unterlagen bei unverändertem Programm und bei nur unwesentlich veränderten Forderungen begründen keinen Anspruch auf zusätzliches Honorar. Nicht vereinbarte Leistungen, die der AG zur Herstellung der baulichen Anlage fordert, hat der AN mit zu übernehmen; die Vergütung hierfür hat der AN vor Leistungsbeginn mit dem AG zu vereinbaren. Dazu hat der AN spätestens eine Woche nach Aufforderung ein prüffähiges Angebot vorzulegen. Das gleiche gilt für Änderungen der vereinbarten Leistung; in solchen Fällen richtet sich das Honorar nach den Ermittlungsgrundlagen der vereinbarten Leistung.
- (6) Der AN ist bei der Bearbeitung der Leistungen an die von dem AG anerkannte Planung gebunden. Wenn von dem AG vor Leistungserbringung eine Kostenobergrenze

## **Allgemeine Vertragsbestimmungen - AVB -**

### **zu den Verträgen für freiberuflich Tätige**

mitgeteilt wurde, hat der AN diese unter Einschluss aller planerischen Maßnahmen zur Optimierung des Planungskonzepts zu beachten.

Wird erkennbar, dass die von dem AG anerkannten Kosten und die vereinbarten Termine bei der Verfolgung der bisherigen Planung oder nach dem Ergebnis der Ausschreibung einer Leistung nicht eingehalten werden, hat er dem AG unverzüglich unter Darlegung der aus seiner Sicht möglichen Handlungsvarianten und deren Auswirkungen auf Kosten, Termine und Wirtschaftlichkeit des Objekts zu unterrichten.

- (7) Die Haftung des AN für die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Leistungen wird durch Anerkennung oder Zustimmung des AG oder durch die Entgegennahme von Arbeitsergebnissen durch den AG nicht eingeschränkt, es sei denn, es liegt ein vorsätzliches Mitverschulden des AG vor.
- (8) Der A hat die ihm übertragenen Leistungen in seinem Büro zu erbringen. Nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG ist eine Unterbeauftragung zulässig.

### **§ 2**

#### **Zusammenarbeit zwischen AG, AN und anderen fachlich Beteiligten**

- (1) Dem AN gegenüber ist nur die vertragsschließende Stelle weisungsbefugt.
- (2) Der AG unterrichtet den AN rechtzeitig über die Leistungen, die andere fachlich Beteiligte zu erbringen haben und über die mit diesem vereinbarten Termine/Fristen.
- (3) Der AN ist verpflichtet, den anderen fachlich Beteiligten die notwendigen Angaben und Unterlagen so rechtzeitig zu liefern, dass diese ihre Leistungen ordnungsgemäß erbringen können.
- (4) Wenn während der Ausführung der Leistungen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem AN und anderen fachlich Beteiligten auftreten, hat der AN unverzüglich schriftlich die Entscheidung des AG herbeizuführen.

### **§ 3**

#### **Vertretung des AG durch den AN**

- (1) Der AN ist zur Wahrung der Rechte und Interessen des AG im Rahmen der ihm übertragenen Leistungen berechtigt und verpflichtet. Er hat den AG unverzüglich über Umstände zu unterrichten, aus denen sich Ansprüche gegen mit der Bauausführung beauftragte Unternehmen ergeben können. Die Geltendmachung derartiger Ansprüche obliegt dem AG.
- (2) Den AG bindende Erklärungen, insbesondere solche mit finanziellen Verpflichtungen, darf der AN nicht abgeben. Dies gilt auch für den Abschluss, die Änderung und Ergänzung von Verträgen sowie für die Vereinbarung neuer Preise.
- (3) Der AN darf unbeschadet § 2 Abs. 3 Dritten ohne Einwilligung des AG keine Unterlagen aushändigen und keine Auskünfte geben, die sich auf die Baumaßnahme beziehen.

### **§ 4**

#### **Auskunftspflicht der bzw. des AN**

Der AN hat dem AG auf Anforderung über seine Leistungen unverzüglich und ohne besondere Vergütung sowohl mündlich als auch schriftlich Auskunft zu erteilen, bis das Rechnungsprüfungsverfahren für die Baumaßnahme für abgeschlossen erklärt ist.

### **§ 5**

#### **Herausgabeanspruch des AG**

Die von dem AN zur Erfüllung dieses Vertrages angefertigten Unterlagen – Pläne oder Zeichnungen in analoger und digitale Form – sind an den AG herauszugeben; sie werden dessen Eigentum. Die dem AN überlassenen Unterlagen sind dem AG spätestens nach Erfüllung seines Auftrages zurückzugeben. Zurückbehaltungsrechte, die nicht auf diesem Vertragsverhältnis beruhen, sind ausgeschlossen.

## **Allgemeine Vertragsbestimmungen - AVB -**

### **zu den Verträgen für freiberuflich Tätige**

Auf Anforderung des AG hat der AN die ihm digital zur Verfügung gestellten Daten in seinem DV-System zu löschen.

#### **§ 6**

##### **Urheberrecht – Nutzung, Änderung**

- (1) Soweit die von dem AN gefertigten Unterlagen und das ausgeführte Werk ganz oder in Teilen urheberrechtlich geschützt sind, bestimmen sich die Rechte des AG auf Nutzung, Änderung und Veröffentlichung dieser Werke nach § 6 Abs. 2 bis 5. Als Werke der Baukunst im Sinne des Urheberrechtsgesetzes sind solche Unterlagen und Bauwerke anzusehen, die eine persönliche, geistige Schöpfung des AN darstellen und einen so hohen Grad an individueller ästhetischer Gestaltungskraft aufweisen, dass sie aus der Masse des alltäglichen Bauschaffens herausragen.  
Der AN gewährleistet und sichert zu, dass seine Leistungen frei von Rechten Dritter sind.
- (2) Der AG darf die von dem AN gefertigten Unterlagen für die im Vertrag genannte (Bau)maßnahme und das ausgeführte Werk ohne Mitwirkung des AN nutzen. Die Unterlagen dürfen auch für eine etwaige Wiederherstellung des ausgeführten Werks benutzt werden.
- (3) Der AG darf die von dem AN gefertigten Unterlagen sowie das ausgeführte Werk ohne Mitwirkung des AN ändern, wenn dies für die Nutzung des Vorhabens erforderlich ist. Dies gilt nicht, wenn die Änderungen der Unterlagen oder des ausgeführten Werks zu Entstellungen oder anderen Beeinträchtigungen im Sinne von § 14 Urheberrechtsgesetz führen oder die Interessenabwägung im Einzelfall ergibt, dass das Gebrauchsinteresse des AG hinter dem Schutzinteresse des AN zurücktreten muss. In den in Satz 2 genannten Fällen wird der AG den AN über das Vorhaben unterrichten und ihm Gelegenheit geben, innerhalb einer von dem AG bestimmten angemessenen Zeit mitzuteilen, ob und in welcher Weise er mit einer Änderung einverstanden ist.
- (4) Der AG hat das Recht zur Veröffentlichung unter Namensangabe des AN. Das Veröffentlichungsrecht des AN unterliegt der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG, wenn Geheimhaltungs- bzw. Sicherheitsinteressen oder sonstige besondere Belange des AG durch die Veröffentlichung berührt werden.
- (5) Der AG kann seine Befugnisse nach § 6 Abs. 2 bis 4 im Rahmen des § 34 Urheberrechtsgesetz auf den jeweiligen zur Verfügung über das Grundstück Berechtigten übertragen.
- (6) Liegen die Voraussetzungen des § 6 Abs. 1 nicht vor, darf der AG die von dem AN erstellten Unterlagen für die im Vertrag genannte Baumaßnahme ohne Mitwirkung des AN nutzen und ändern; dasselbe gilt auch für das ausgeführte Werk. Der AG hat das Recht zur Veröffentlichung unter Namensangabe des AN. Das Veröffentlichungsrecht des AN unterliegt der vorherigen schriftlichen Zustimmung der AG. Die Planungs- und Kostendaten der Baumaßnahme dürfen von dem AN nicht an Dritte weitergegeben werden. Der AG kann seine vorgenannten Rechte auf den jeweiligen zur Verfügung über das Grundstück Berechtigten übertragen.
- (7) Mit der vereinbarten Vergütung sind auch sämtliche Rechte, die dem AG im Rahmen § 6 eingeräumt sind, abgegolten.

#### **§ 7**

##### **Zahlungen**

- (1) Zahlungen erfolgen spätestens 30 Tage nach Eingang einer prüfbaren Rechnung.
- (2) Im Falle der Beauftragung von Leistungen nach Zeithonorar hat die Abrechnung monatlich unter Vorlage aussagekräftiger und prüffähiger Leistungsaufstellungen zu erfolgen.

## **Allgemeine Vertragsbestimmungen - AVB -**

### **zu den Verträgen für freiberuflich Tätige**

- (3) Auf Anforderung des AN werden Abschlagszahlungen bis zu einer Höhe von 95 v.H. des Honorars für die nachgewiesenen Leistungen einschließlich Umsatzsteuer gewährt. Die Leistungen sind durch eine prüfbare Aufstellung nachzuweisen. Abschlagszahlungen gelten nicht als Abnahme von Teilen der Leistung.
- (4) Im Fall einer stufenweisen Beauftragung wird der Einbehalt in Höhe von 5% nach Abschluss der jeweiligen Stufe und Vorlage der Dokumentation ausbezahlt. Eine Teilabnahme der Leistungen einer Stufe ist damit nicht verbunden.
- (5) Der AN hat unverzüglich nach erfolgter Abnahme eine prüffähige Schlussrechnung zu stellen. Der Anspruch auf die Schlusszahlung wird alsbald nach Prüfung und Feststellung der von dem AN vorgelegten prüfbaren Honorarschlussrechnung fällig, spätestens innerhalb von einem Monat nach Zugang. Fällig wird der Anspruch aus der Schlussrechnung mit Ablauf der vorgenannten Frist, es sei denn, der AG hat innerhalb dieser Frist die Prüffähigkeit der Rechnung begründet gerügt. Verzug mit der Zahlung des Schlussrechnungsbetrags tritt frühestens nach Ablauf von weiteren 30 Werktagen nach Ablauf der vereinbarten Prüfungsfrist ein.
- (6) Eine prüffähige Rechnung muss diejenigen Angaben enthalten, die nach dem geschlossenen Vertrag und der HOAI objektiv notwendig sind, um die sachliche und rechnerische Überprüfung des Honorars zu ermöglichen. Die Umsatzsteuer ist in den Rechnungen gesondert auszuweisen.
- (7) Alle Rechnungen (einschließlich Nachweise für Nebenkosten) sind im Original einzureichen.
- (8) Die vorbehaltlose Annahme der als solchen gekennzeichneten Schlusszahlung schließt Nachforderungen aus. Einer Schlusszahlung steht es gleich, wenn der AG unter Hinweis auf geleistete Zahlungen weitere Zahlungen endgültig und schriftlich ablehnt. Auch früher gestellte, aber unerledigte Forderungen sind ausgeschlossen, wenn sie nicht nochmals vorbehalten werden.  
Ein Vorbehalt ist innerhalb von 24 Werktagen nach Eingang der Schlusszahlung zu erklären und eingehend zu begründen.
- (9) Wird nach Annahme der Schlusszahlung festgestellt, dass das Honorar abweichend vom Vertrag oder aufgrund unzutreffender anrechenbarer Kosten ermittelt wurde, so ist die Abrechnung zu berichtigen. Soweit Honorare aufgrund der Kostenfeststellung zu berechnen sind, ist die Abrechnung ferner zu berichtigen, wenn sich infolge der Überprüfung der Abrechnung der Baumaßnahme Änderungen der für die Berechnung des Honorars maßgebenden anrechenbaren Kosten ergeben. AG und AN sind verpflichtet, die sich danach ergebenden Beträge zu erstatten. Sie können sich nicht auf einen etwaigen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.  
Das Berichten der Abrechnung ist keine Nachforderung.
- (10) Im Falle einer Überzahlung hat die bzw. der AN den überzahlten Betrag zu erstatten. Leistet er innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich ab diesem Zeitpunkt mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 8 % über dem Basiszinssatz des § 247 BGB zu zahlen.  
Auf einen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) kann sich der AN nicht berufen.
- (11) Die Verjährung der Honorarforderung beginnt grundsätzlich mit der Erteilung einer prüffähigen Schlussrechnung. Die Verjährung einer auf eine nicht prüffähige Honorarschlussrechnung gestützten Forderung beginnt spätestens, wenn die Frist von 2 Monaten abgelaufen ist, ohne dass der AG substantiierte Einwendungen gegen die Prüffähigkeit vorgebracht hat.

## **§ 8**

### **Abtretung**

Forderungen des AN gegen den AG dürfen nur mit Zustimmung des AG abgetreten oder verpfändet werden.

AVB freiberuflich Tätige



## **Allgemeine Vertragsbestimmungen - AVB -** zu den Verträgen für freiberuflich Tätige

### **§ 9**

#### **Kündigung**

- (1) AG und AN können den Vertrag aus wichtigem Grund schriftlich kündigen - § 648 BGB bleibt unberührt. Einer Kündigungsfrist bedarf es nicht. Ein wichtiger Grund liegt auch vor, wenn die Baumaßnahme nicht durchgeführt oder nicht weitergeführt wird.
- (2) Hat der AN den Kündigungsgrund zu vertreten, so sind nur die bis dahin vertragsgemäß erbrachten, in sich abgeschlossenen und nachgewiesenen Leistungen zu vergüten und die für diese nachweisbar entstandenen notwendigen Nebenkosten zu erstatten. Der Schadenersatzanspruch des AG bleibt unberührt.
- (3) Bei einer vorzeitigen Beendigung des Vertragsverhältnisses bleiben insbesondere die Ansprüche der Vertragsparteien aus den §§ 4 bis 6 unberührt.

### **§ 10**

#### **Haftung und Verjährung von Mängel- und Schadenersatzansprüchen**

- (1) Mängel- und Schadenersatzansprüche des AG richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes vereinbart ist.
- (2) Haftet der AN wegen eines schuldhaften Verstoßes gegen die allgemein anerkannten Regeln der Technik oder sonstiger schuldhafter Verletzung seiner Vertragspflichten, so hat er den Schaden an der baulichen Anlage und die vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachten anderen Schäden in voller Höhe zu ersetzen. Im Übrigen haftet er für jede Pflichtverletzung bis zur Höhe der tatsächlich abgeschlossenen Haftpflichtversicherung, mindestens bis zur Höhe der im Vertrag vereinbarten Deckungssummen der Haftpflichtversicherung.
- (3) Im Falle seiner Inanspruchnahme kann der AN verlangen, dass er an der Beseitigung des Schadens beteiligt wird.
- (4) Die Verjährung von Mängel- und Schadenersatzansprüchen richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

### **§ 11**

#### **Haftpflichtversicherung**

- (1) Der AN muss eine Berufshaftpflichtversicherung während der gesamten Vertragszeit unterhalten und nachweisen. Er hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssummen besteht. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt. Bei Arbeitsgemeinschaften muss Versicherungsschutz für alle Mitglieder bestehen.
- (2) Der AN hat vor dem Nachweis des Versicherungsschutzes keinen Anspruch auf Leistungen des AG. Der AG kann Zahlungen vom Nachweis des Fortbestehens des Versicherungsschutzes abhängig machen.
- (3) Der AN ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht. Er ist in diesem Fall verpflichtet, unverzüglich durch Abschluss eines neuen Versicherungsvertrages Deckung in der vereinbarten Höhe für die gesamte Vertragszeit nachzuholen, zu gewährleisten und nachzuweisen.

### **§ 12**

#### **Erfüllungsort, Streitigkeiten, Gerichtsstand**

- (1) Es gilt deutsches Recht.
- (2) Erfüllungsort für die Leistungen der bzw. des AN ist die Baustelle, soweit diese Leistungen dort zu erbringen sind, im Übrigen der Sitz des AG.

## **Allgemeine Vertragsbestimmungen - AVB -**

### **zu den Verträgen für freiberuflich Tätige**

- (3) Bei Streitigkeiten aus dem Vertrag berechtigen die bzw. den AN nicht, die Arbeiten einzustellen.
- (4) Soweit die Voraussetzungen gem. § 38 der Zivilprozessordnung (ZPO) vorliegen, richtet sich der Gerichtsstand für Streitigkeiten nach dem Sitz des AG.

### **§ 13**

#### **Arbeitsgemeinschaft**

- (1) Sofern eine Arbeitsgemeinschaft AN ist, übernimmt das mit der Vertretung beauftragte, im Vertrag genannte Mitglied die Federführung.  
Es vertritt alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft dem AG gegenüber. Beschränkungen seiner Vertretungsbefugnis, die sich aus dem Arbeitsgemeinschaftsvertrag ergeben, sind gegenüber dem AG unwirksam.
- (2) Für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen haftet jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft auch nach deren Auflösung gesamtschuldnerisch.
- (3) Die Zahlungen werden mit befreiender Wirkung für den AG ausschließlich an den im Vertrag genannten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

### **§ 14**

#### **Anzuwendendes Recht**

- (1) Die Bestimmungen über den Werkvertrag (§§ 631 ff. BGB) finden ergänzend Anwendung.
- (2) Allgemeine Vertragsbestimmungen des Auftragnehmers werden nicht Vertragsbestandteil.

### **§ 15**

#### **Schriftform**

Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform.

### **§ 16**

#### **Hamburgisches Transparenzgesetz**

Der Vertrag über freiberufliche Leistungen unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

### **§ 17**

#### **Salvatorische Klausel**

Sollten einzelne Bestimmungen dieser AVB unwirksam sein, so berührt dies nicht die Wirksamkeit der AVB im Übrigen.

**Planungsanforderungen****Erschließung Kehrweiterplatz****Objektplanung****Leistungsbild Verkehrsanlagen****ESP-012****1. Veranlassung und Planungsaufgabe**

Die Hamburger Speicherstadt ist der weltgrößte historische Lagerhauskomplex in einem Hafengebiet. Sie umfasst das Gebiet südlich des Zollkanals zwischen Ober- und Niederbaumbrücke. Zukünftig sollen die Landflächen der Speicherstadt analog zu den angrenzenden Flächen der HafenCity und der Innenstadt als „gemischte Bauflächen“ dargestellt werden. Dabei steht die Sicherung der Speicherstadt als denkmalgeschütztes Gesamtensemble sowie ein ausgeglichener Nutzungsmix im Vordergrund. Die Speicherstadt steht seit 1991 unter Denkmalschutz und ist seit dem 5. Juli 2015 zusammen mit dem benachbarten Kontorhausviertel und dem Chilehaus unter dem Namen „Speicherstadt und Kontorhausviertel mit Chilehaus“ auf der Liste des UNESCO-Welterbes eingetragen.

Die Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) plant als Eigentümerin der Speichergebäude die Sanierung und den Umbau einer Vielzahl von Speicherblöcken. Die historische Nutzung der Speicherstadt soll dabei weiter im Stadtbild präsent bleiben.

Die zu planende Verkehrsfläche liegt südlich des Zollkanals in der Hamburger Speicherstadt zwischen den Brücken ‚Binnenhafenbrücke‘ und ‚Brooksbrücke‘, vor dem Speicherblock D. Zu erreichen ist die Fläche von den Straßen ‚Kehrwierderstieg‘ im Osten und ‚Auf dem Sande‘ von Süden. Die im Planungsraum direkt betroffene Straße ist ‚Kehrwieder‘, s. Lageplan ESP-KWP Planungsraum. Die Verkehrsfläche liegt am Zollkanal und wird zurzeit u. a. als Parkplatz genutzt. Im vorliegenden Verfahren wird diese Fläche als „Kehrwiederplatz“ bezeichnet. Die Länge der wasserseitigen Kaimauer beträgt ca. 195 m. Die historische Kaikonstruktion wurde in den 1880er Jahren errichtet. In den 1960er Jahren erfolgte eine Sanierung, wobei eine Spundwandvorsetze und eine tiefgegründete Stahlbeton-Winkelstützwand hergestellt wurden. Zurzeit findet eine Sanierung dieser Kaimauer statt, in dessen Rahmen ein Teil des Kehrwiederplatz von ca. 20 m Breite als BE-Fläche genutzt wird.

**2. Randbedingungen und Vorgaben**

Die Speicherstadt ist von einem umfangreichen Straßennetz durchzogen. Die Straßen weisen dabei in weiten Teilen die ursprünglichen historischen Oberflächenbefestigungen und Querschnitte auf. In anderen Teilbereichen sind die Straßenflächen hingegen stark zergliedert, weisen unterschiedlichste Materialien hinsichtlich der Oberflächenbefestigung auf und sind funktional uneinheitlich aufgeteilt. Um der zukünftigen Entwicklung der Speicherstadt zu einem gemischt genutzten, innerstädt-



tischen Quartier Rechnung zu tragen, sind die vorhandenen Straßen und Wege den neuen Nutzungsanforderungen und aktuellen Regelwerken entsprechend anzupassen und umzubauen. Dabei sind insbesondere die hohen gestalterischen Anforderungen aufgrund des zwischenzeitlich erlangten Weltkulturerbe-Status zu beachten. Die Gestaltung der Verkehrsanlagen soll den heutigen und zukünftigen Nutzungsansprüchen genügen, ohne den vorhandenen historischen Charakter zu verlieren. Dies gilt sowohl für die funktionale Aufteilung der Straßenräume als auch für die Gestaltung und für die verwendeten Materialien. Es sollen die heutigen Ansprüche an die Barrierefreiheit sowie an die derzeit gültigen Regelwerke der Verkehrsplanung umgesetzt werden. Weiterhin sollen bei der Verkehrsplanung die Nutzungsansprüche einer Vielzahl von verschiedenen Interessensgruppen (Stake-holder) innerhalb der Speicherstadt berücksichtigt werden.

Unter den oben aufgeführten Randbedingungen wurde für die Hamburger Speicherstadt eine Funktionsplanung entwickelt, die die Grundlage für die weitere Planung der Verkehrsanlage Kehrwiederplatz bildet.

Darüber hinaus sind die Materialien, die bei der Erschließung in den unterschiedlichen Flächen eingesetzt werden sollen sowie die Ausstattung vom Landschaftsarchitekten in einem Katalog grundlegend zusammengestellt worden. Diese Vorgaben sind bei der Planung zwingend zu beachten. Ein Landschaftsarchitekt wird als gestalterischer Berater bei der Planung der Verkehrsanlage im Auftrag des LIG begleitend tätig sein, die Planung ist eng mit dem gestalterischen Berater abzustimmen und Plangrundlagen sind auszutauschen.

Im Rahmen der Planung soll im aktuellen Kontext der laufenden Kaimauersanierung geprüft werden, ob die Herstellung der Promenade auf den Flächen, die zurzeit als BE-Fläche am Kehrwiederplatz genutzt wird, vorgezogen werden kann.

